

1
2 **Antragsteller: Özgürcañ Baş und Sebastian Thiede**

3
4
5 Verpflichtender WiPo-Unterricht ab der 7. Klasse an allen weiterführenden Schulen –
6 politische Bildung ist nicht optional!

7
8
9 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Ministerium für Bildung, Wissenschaft
10 und Kultur

11
12 **Antrag:**

13 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

14 Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Bildung und Wissen-
15 schaft werden aufgefordert,

- 16 1. verpflichtenden Wirtschaft/ Politik-Unterricht an **allen** weiterführenden Schulen
17 bis zum Ende der Mittelstufe zu gewährleisten,
- 18 2. einen stärkeren Fokus auf lokale Partizipationsmöglichkeiten im Lehrplan zu set-
19 zen und in den Fachanforderungen zu verankern. Insbesondere soll hier die
20 Kommunalpolitik als Basis, und den Schülern und Schülerinnen nächste Mög-
21 lichkeit politischer Teilhabe, nähergebracht werden.
- 22 3. Schulen anzuhalten, die Politik in die Schulen zu lassen! Politikerinnen und Poli-
23 tiker sollen von ihrer (größtenteils ehrenamtlichen) Arbeit berichten und auch zu
24 Diskussionen eingeladen werden können. Politische Neutralität muss nicht be-
25 deuten, Politiker insgesamt auszuschließen.

26
27 **Begründung:**

28 Bedauerlicherweise kommen viele Jugendliche aus der Schule, ohne sich auch nur
29 ansatzweise mit den politischen Ebenen befasst zu haben. Dadurch stehen Schulab-
30 gänger dann vor dem Berufsleben und wissen sogar manchmal nicht, wie die Politik
31 auf den verschiedenen Ebenen aufgebaut ist. Somit kennt man teilweise weder die
32 politischen Abläufe noch politische Repräsentanten, die die Meinung des Volkes ver-
33 treten sollen. Die (politische) Bildung ist ein Grundrecht, nicht nur in Bezug auf Wah-
34 len! Die Wahlbeteiligung kann hierbei nie hoch genug sein, genauso wie die politi-
35 sche Partizipation im Alltag.

36 In Schleswig-Holstein hat man bei der Kommunal- und Landtagswahl ein Wahlrecht
37 ab 16, jedoch kein Politikbewusstsein! Es wird versucht, Jugendliche schon früh an
38 die Politik heranzuführen, ohne ihnen das nötige Wissen zu vermitteln. Man kann nur
39 dann wählen, wenn man weiß, wen und was man wählt. Wenn dies nicht gewährleis-
40 tet werden kann, verliert man die Wähler*innen womöglich komplett.

41 Zurzeit kann jede Schule offensichtlich selber entscheiden, ob und in welcher Form
42 Politik bei ihr unterrichtet wird. Das ist zu wenig und muss verändert werden, Kontin-
43 gentstundentafel hin oder her! In diesem Sinne muss man ebenfalls an der Übermitt-
44 lung der Inhalte ansetzen.

45 Viele Studien belegen, dass der Kern für ein politisches Interesse in jungen Jahren
46 gelegt wird – je älter der Mensch wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit des
47 nachträglichen Engagements. Nicht jeder muss sich aktiv einbringen, jedoch zumin-

48 dest mitverfolgen, verstehen und sich bei Bedarf einbringen können. Hierbei darf der
49 WiPo-Unterricht keineswegs mit Fächern, wie beispielsweise Geschichte und Geo-
50 graphie, vermengt werden, egal in welchem Bildungsgang. Trotz Schnittmengen soll-
51 te dies verhindert werden, da man den umfangreichen WiPo-Unterricht noch weiter
52 kürzen würde und die politischen Themen somit so gut wie keine Rolle mehr im Un-
53 terricht einnehmen würden. WiPo-Unterricht braucht mehr Platz!

54 Auch an den Inhalten des WiPo-Unterrichts muss gearbeitet werden. Den Schülerin-
55 nen und Schülern muss die praktische Politik nähergebracht werden. Als Schulab-
56 gänger sollte man Lust auf Demokratie, Engagement und Wahlen haben. So wären
57 sie bereit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Meinungsbildung,
58 -freiheit und -vielfalt müssen in der Schule ermittelt und erläutert werden, damit Ju-
59 gendliche schon früh verstehen, dass nicht jede*r seiner*ihrer Meinung sein muss.
60 Elementar ist hierbei, dass den Schüler*innen die Kommunalpolitik als Grundstein
61 der politischen Partizipation nahegelegt wird. Dabei müssen die Gemeindeordnung
62 § 47 f ([Verpflichtende] Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) und die Möglich-
63 keit zum Engagement in Kinder- und Jugendvertretungen eine prägende Rolle ein-
64 nehmen.

65 Es müssen zwingend grundlegende Strukturen geschaffen werden, die einheitlich in
66 jedem Bildungsgang verpflichtend sind, damit alle Schüler*innen nach ihrem Schul-
67 abschluss eine konstruktive Basis an Wissen über Politik haben. Die Schüler*innen,
68 die heute im WiPo-Unterricht sitzen, treffen morgen die Entscheidungen und müssen
69 damit viel Verantwortung tragen, nicht nur für sich selbst, sondern für unsere gesam-
70 te Gesellschaft. Ein einheitliches System mit festen Strukturen würde dazu beitragen.
71 Die Schüler*innen dieser Generation bilden die (politische) Zukunft. Sie sollten das
72 Recht darauf bekommen, auf diese Aufgaben vorbereitet zu sein, um diese verant-
73 wortungsvoll zu erfüllen!